

Grüne - Les Verts – Delegiertenversammlung vom 30. Oktober 2004 in Sitten/Sion

Protokoll der Delegiertenversammlung vom 28. August 2004

Tagespräsident: Marylène Volpi-Fournier

Dauer: 12.30 – 17.15 Uhr

1. Begrüssung

Entschuldigt: Paschal Schacher (), Röbi Brunner (), Yolande Peisl (FR), Regula Rytz(GB) Stefan Krebsler (TI) Felix Wettstein ()

Marylène Volpi-Fournier, conseillère générale Sion, begrüsst die Delegierten in Sion. 1. Del. Im Wallis. Jetzt sind die VS auf. Die Umweltanliegen sind nur ein Teil der Anliegen auf Gemeindeebene versuchen sie die Anliegen 2 Sitze in Sitten in den Parlamenten konnten zahlreiche Sitze erobert werden. In der Presse angekündigt werden die Grünen Herr Darbeley als Staatrath vorschlagen. Wollen auf allen Ebenen die Politik im Wallis tätig sein.

Francois Mudry; Stadtpräsident von Sitten, überbringt die herzlichsten Grüsse des Walliser Parlament. Er preist die schönen Vorzüge der Hauptstadt des Wallis – Sion. sicher über die Diplomatie der Grünen und über die Einladung der Grünen. Bund und Kanton haben ein Naturschutzgebiet am Mont Herzlichen Dank das wir hier sind und hoffen das wir noch etwas länger in Sitten bleiben.

Ruth Genner, Parteipräsidentin, begrüsst das jüngste Kind der Schweizer Grünen und bedankt sich, dass wir hier sein können. Noch nie hatten 146 Sitze (154 inkl. Beobachter) der Zuwachs war stetig überall wo wohnen stattgefunden haben. Ebenfalls auch der S, dass heisst das nicht konkurrenziert wurde. Sie gratuliert den Basler Grünen über ihren Wahlerfolg. Guy Morant hat eine herrliche Ausgangslage für einen Sitz. Im Weiteren St. Gallen gratulieren 7 Sitze ebenfalls setzt ein 2. Wahlgang an für die Exekutive. Gute Resultate von Biel Städtischer Wahlkampf ebenfalls herzlich gratulation. Bringen oft die Frage nach dem Erfolgsrezept mit sich. Schutzmassnahmen sind verschieden CO2 Abgaben, die Kyoto Ziele schliessen weniger auf Engagement. wichtiger Sieg für eine Mutterschaftsversicherung. Für uns ist es immer noch wichtig in der Stadt Zürich wurden eine Initiative zur ausserhäuslichen Kinderbetreuung lanciert. Öffnung der Gesellschaft und Entstigmatisierung ist eine Zustimmung der Erweiterung der Rechte und Gleichstellung. schmerzliche Niederlage der Einbürgerung

Ueli Leuenberger, Vizepräsident, freut sich das die VS Grünen hier in Sitten die DV organisiert. Viele VS sind kritisch eingestellt gegenüber den Umweltschutzeroberhaupt und den Grünen. Wir sind oft die Überbringer von schlechten Nachrichten fürher wurden diese einfach umgebracht. Die Verfassung die jüngsten Entwicklungen geben eigentlich keine der verschleisst geht weiter die Kon. Der Erderwärmung sind besorgniserregend. Immer mehr Naturkatastrophen die Mehrheit unserer Politiker hat beschlossen das Geld für den Katastrophenschutz zu kürzen. Wir müssen uns für den Naturschutz einsetzen. Wir wollen das sich die Menschen dessen bewusst werden. Überbringen wir auch guten Nachrichten rufen auf zum Engage der Bürger damit diese Umkehr stattfinden kann und wünschen allen einen innovativen und engagierten Einsatz im Walliser Parlament

2. Statutaire

Susann Forster, Erica Hennequin, Daniel Gerod und Martin Abele werden als StimmzählerInnen gewählt.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 28. August 2004 wird verabschiedet.

Anderung der Tagesordnung: im bei den Abstimmungsvorlagen bei den Stammzellen beginnen

Wahlen in den Vorstand :

VS : Walter Rosselli wird von Regis Chantion als engagierten und kompetente Person vorgestellt und vorgestellt.

Walter Rosselli wird mit Akklamation gewählt

JG : Aline Trede wird von Sophie Michaud vorgestellt. Aline ist Studentin in Zürich und gehört zum aktiven Kern der Jungen Grünen und die Jüngste im Vorstand der Jungen Grünen. Ist eine richtige aktivistin die taten vor Worten vorzieht. Wird wärmsten empfohlen

Aline Trede wird mit Akklamation gewählt.

VD : Laurent Rochat wird von Marie Schaffer vorgestellt. Vizepräsident der Lausanner Grünen sehr engagiert und vorgestellt.

Laurent Rochat wird mit Akklamation gewählt.

3. Informationen

Grüne Fraktion : Cécile Bühlmann informiert über den überschatteten Abstimmungssonntag Fraktion. Viele menschen sind sich nicht bewusst wie diese rückweisung auf die secondas gewirkt hat. Und bewundert die Romandie über ihr tolerantes verhalten. Die Grüne Faktin hat im Anschluss den Rücktritt von Bundesrat blocher gefordert. Keine wort keine würdigung zur romandie keine wort des bedauern zu den betroffenen keine aufforderung an die knatonen. Mit der Rücktrittsforderung konnte begründet werden. Die einbürgerungsfrist Islamhetzte von frank a. Meyer wochenlang hat niemand darauf reagiert. Die grünen haben sich geärgert und haben eine untersuchung des tatbestandes einer antirassismusgesetz. Wir glauben dass uns in zukunkgt dieses theman noch wieter beschäftigen wird. Es hat nicht mit naivitat dazu sonder zu fundamentalen demokratie und menschenrechte kümmert. Die islamdebatte iwr din der fraktion weitergeführt und exüerte werden in dieser debatte wieterhelden. Das die grüne parte es sich zum thema machent.

Schengen/Dublin: die fraktin steht mitten im beratung prozess

Zum Ladenöffnungszeiten setz sich dafür das Referendum weches von den Gewerkschaften von den rGrünen unterschützt wird.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Nationales Sekretariat Hubert Zurkinden verspricht das letzte mal ärger mit der bitte die Initiative für eine soziale Einheitskrankenkasse Unterschriften zu sammeln. Wenn alle Organisationen die zugesagten Unterschriften tatsächlich auch sammeln, kommt die Initiative zu Stande. Das wäre ein Plus für die Grünen und deren Sozialpolitik. Bis zum 20. nov sind noch einige sammelaktionen vorschlag. Jeden von euch ein oder zwei zettel jeden fünf oder 10 unterschritten ausfüöt haben wir am Mittwoch 500 unterschritten zusammen jede unterschritt zählt.

2. informatin wir haben am 29. Janura die nächste DV vorgesehe, da jedecoh schlagen Vor den Impulstagung schreibt euch dieses Datum schon ein.

Erfreunliche nachricht das DN will de schweizer Grünen beitreten. Nach drei Jahren im Beobachterstatuts Beitrettensantrat

Eine Resolution von Franziska Teuscher liegt in der Pause auf dem Tisch

Ueli Leuenberger: Lage im Kanton ZH. Vorstand hat am 18. Sep Hans Meier als Vorstand delegiert einstimmig ist der Vorstand beschlossen

Zukünftige Zusammenarbeit mit geklärt werden wo die Gliz die Grünen Schweiz scharf kritisiert haben. Weitere Informationen werden folgen

Verschiedenes

Mit 82 Ja gegen 26 Nein bei 6 Enthaltungen sprechen sich die Delegierten für den Beitritt zu den

Mit 108 Ja, 0 Nein und 4 Enthaltungen sprechen sich die Delegierten für ein Ja zu den 7 anderen Abkommen der Bilateralen II aus.

4. Abstimmungen vom 28. November

Bundesgesetz über die Forschung an embryonalen Stammzellen

Maja Graf: ein Gesetz ist noch nie so schnell entstanden. Das Gesetz ist der Rekord in der Schweiz. Heikle Diskussion und grundlegende ethische Diskussion Dez. 2003 Schlussabstimmung bis heute ist die SP und die CVP gekippt unter dem Druck. Die Grünen sind und bleiben eine Wertepartei.

Menschliche Stammzellen, überzählige Embryo nach dem Vortpflanzungsgesetz jede Embryonen müssen alle nicht zum Gebrauch absterben müssen. Altrechtliche Embryonen vor dem 1.1.01. Neurechtliche Embryonen

Warum sind wir dagegen. 1. Grund verfassungsmässig ist nicht gegeben. Das Gesetz lässt es nicht zu an Embryonen zu forschen.

w. dürfen nicht zweckentfremdet werden. Bedeutet Instrumentalisierung des Embryo die Heilung von Krankheiten machen hochstehend sein. Menschliches Leben wurde noch nie für Forschung und Pharma zu Verfügung stehen. Forschungsgrenzen werden da schrittweise verschoben. 20 oder länger bis es vielleicht zu einer Anwendung kommt.

Die Gesellschaft verändert wenn wir diesen Weg zulassen. Was ist Lebenswertes und Wertes Leben. Viele Hoffnungen werden geweckt und Patente auf Leben möglich sind. Die Alternative der adulten Stammzellen Forschung und Therapien müssen gefördert werden. Forschung hat sich auch an Rahmenbedingungen zu halten und wir kritisch hinterfragen und die gesellschaftlichen Veränderungen.

Bei 82 Nein, 8 Ja und 4 Enthaltungen sagt eine grosse Mehrheit der Delegierten Nein zur Initiative

Bundesbeschluss zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kanton (NFA)

Cécile Bühlmann :

Einführung: Finanzflüsse müssen neu ordnen. Aufgaben die bisher gemacht wurden werden neu aufgeteilt. Ressourcen ausgleich Mit kantonalen Verträgen sollte gelöst werden der z.B. geographisch und topographische Topf oder sozio demographischen Topf. Eine Umverteilung der Ressourcen starken und schwachen Kantone wird stattfinden. 2008 sollte das ganze in Kraft treten. In der letzten Legis. Hat in der Schlussabstimmung nicht zugestimmt.

Interessante Ansätze mit den Töpfen allerdings mit der Art und Weise mit der Mittelbeschaffung. Fast 2 Mill. werden als der AHV/IV abgezogen. Zwischen der Postiven Aspekten und der Umverteilung. Es stärkt nur die gr. Kantone und ist so nicht ein innovatives föderalistische Projekt. Die kl. Kant. müssen sich unterziehen ja mitmachen weil ihnen nicht anderes übrigbleiben. Diskrepanzen zwischen den Kantonen sehr gross. Viele der neuen Aufgaben müssen in Konkordaten geregelt

werden. Der gewichtigste Kritikpunkt ist der Sozialbereich und ungleichen bei den gespart wird bei den schwächsten Die Umverteilung sind nicht Zweckgebunden.

Finanzpolitische ist eine eklatante ungerechtigkeFazit. Die Vorlage ist Staatpolitisch niht vortschittftlich und sozialpolitio sehr heikel mit den umverweitl und viel zu wenig innovativ im Stuerpolitisch

Daniel Berlaz: Möchte einen anderen Gesichtspunkt aufzeigen. Dieser Finanzausgleich findet ja heute bereits statt. Es handelt sich nicht um eine ganz neue debatte schon seit 15 jahren findet

diese debatte statt. Wir sind heute nocht nicht sowiet heute befinden wir uns uaf der ebender verfassung. Der FA hat auch vorteile, dass die armerne Kt. bekommen dass heisst hat man mit dem neuen Gesetz die Agglo. Anerkannt. Alle Kantone haben ja gesat und die FA hat noch einen Vorteil der öffentliche agglo Verkeher wird unterstütz. Weniger verschwendungen weniger geässenwahnsinnige projekte auf den andere siete eine Risiko das eineige kt. Sich weniger gut um ihre behingerte kümmern. Jedoch dazu gibt es ein Referendum.

Iren Eichenberger aussert bedenkendie bei der annahme der öffentliche strassen

Christoph barbay /vd sehr gute vorlage und kärt sehr vieles zwiscen kantonen und bund. Verfassungsmössigt ist dieses prujekt sehr interssant. Lädt jedoch sehr schlumm dass

Daniel vischer/ zh im kanton zh wurden diese diskuss schon geführt dieser fa hat etwas auf sich und aus der sicht der städte ist dies vorlage sehr viel verbeserung diese vorlage nicht nur verschlechterung. Die regionalisierung scheidert nicht an diesem Fa. Die sozialpolitische optik ist jedoch so stark das es eine berechtigte kritik ist.

Patrick Graf. LU lädt die Delegierten ein ist nicht das was wir uns wünschen wurden.

? /GE Aphastiker hat ein sehr starktes Gefühl von ungerchtigkeit die argurent sind richtig man sagt vielliecht hat man mehr geld in den Kantoen geht's es um eine Hauptfrage. Wollen wir eine gerechte behindertenfreundliche Gesellschaft.

Luzius Theiler/GPB ist der meinung dass diese vorlage für wichtige soziale ökologische trotz den kritiscen Punkten ein Ja stimmen.

Bei 61 Nein, 28 Ja und 13 Enthaltungen sagt eine grosse Mehrheit der Delegierten Nein zur Initiative .

Bundesbeschluss über eine neue Finanzordnung

Daniele Jenni: es ist er Moment unser Anligegne im sachen der ökologischen bestuerung der nicht ernueerbaren Energien in die dieskussion zu binden. Eine entwicklung ist nicht zu shene es wurden die öko Steuerreform nicht angenommne und dikutuert. Es geht um folgendes wir können einfach ja sagen wir müssen einfach eine grundlage haben oder wir sagen nein wir legen wert darauf nun entlich die diskussion stattfindet. wir brauchen eine grundlage für eine steuerrefolr und darauf zu verweisen dass die nicht durch falsche sachzwänge täuschen lassen. Beantragt den bundesbeschluss die Nein-Parloe herauszugeben.

Daniel Brelaz kann sich der stellungnahe der fraktion anschliessen. Wo stehen wir heute? Ohne dir bundessteuer hätte der Bund bald keine Mittel mehr. Bei einem nein zur folge, dass der Bund sehr schnell eine neue Vorlage uasarbeiten muss um nicht eine finnazielle Katastphe abzuwenden. Wenn wir heute ein taktisch nein beschliessen sind wir nicht verantwortlihc doch wenn wir damit durchkömen würden wir ncht in diese Richtung der öko stuerreform es könnte zum boumerganeeffekt führen emphiehlit das JA

Hubert Z. im Namen von Ruth Genner: empfiehlt es die Ja parl. Und ist der meinung ein nein sei unverantwortungsvoll.

Anita frei GR schliesst sich ruht votum an und ist auch der Meinug dass ein Nein sehr unverantwortungslos ist. Genfer Grünen sind für das JA

Pierre Santischi: die Mwst ist ine unsoziale Steuer. Die öko stuerreform ist aufgegeben worden und wird für die nächsten 15 jahren auf eis gelegt. Wir können doch ein deutliches zeichen seitzten wrnn wir ein Nein stimmen.

Ueli Leuenberger im Vorstand war die Lage nicht besonders kalr. Möchte nicht mehr auf die eigenthlce sache intreten. Mann sollte die öko steuerefold im konkretet prkekt fassen

Diego Hättenschwiler vertritt die Nein Parole. Die vorlage hat einen falschen Titel es ist keine Neue finanzparole. Wir können heute mit einem Nein ein Zeichen setzen. Unterscheidet sich in einem Punkt zu Daniel er unterschützt die Mwst.

Luc Recordeon im Moment sind wir dabei in eine Taktik einschliessen zu lassen wechede staatskasse austrocknen lassen wollen. In der polit . darf mann nie den Zeitfakto ausser acht lassen. Wir müssen überzeugungsarbeit leisent und dass wir schritt um schritt die ölko stuerreform einführen können

Bei 23 Nein, 76 Ja und 4 Enthaltungen sagt eine grosse Mehrheit der Delegierten Nein zur Initiative

5. Welche Entwicklung für die Randregionen?

Das Podiumsgespräch wird moderiert von Miriam Behrens, stellvertretende Generalsekretärin. Teilnehmende: Thomas Egger (Direktor SAB), Yves Filippozzi, Thomas Gsponer (Vallis Industrie und Handelskammer).

Unsere Visionen für eine Regionalpolitik: ist der Geeignete Ort eine Depatte zu führen.

Was bedeutet für Sie die SAB die Regionlapolitik?

Thomas Egger: die Vernehmlassung wurde August 2004 abgeschlossen. Hat eine ganz aktuelle Informatin, dass Grossmehrheitlich eine Ablehnung der Vorlage. Bis Juli 2005 sollen neue Vorschläge ausgearbeitet werden. Dankt der Grünen Partei für das Erkennen.

Präsentiert die Thesen der SAB zur Neuen Regionalpolitik. In diesen Regionen ist eine integrierte Regionalepolitik notwendig. Gemeinsamen fonds wo bundesamter gemeinsamen Topf

Was bedeutet für Sie die SAB die Regionlapolitik?

Thomas Gsponer: hat einen anderen Ansatz als Th, Egger. Reginalpol setzt sich glich mit strukutpol. Muss sich gesamtschwizerich decken sollte vier ziele.

Wachstumszeilsetzung, heisst auch im Berggebiet auch neue Arbeitsplätze geschaffen die leute nicht abwandern. Wachstum geht über innovation über kluge Köpfe. Die klugen Köpfe wandern aus diesen Gebieten ab ist eine hauptproblematik

Stabilitätszielsetzung (sturckturbpolitik)

Ausgleichszielsetzung

Umweltzielsetzung

Yves Filippozzi die Analyse und die Kriterien der Grünen bei der RGP dezentralisierung ist vital ein zentrales element braucht eine Regionalpolitik. Wenn wir von nachhaltiges Wachstum mpssen wir im grpnen Sinnen von wachstums Rückgang sprechen. In der Vorlage ist zwar von nachhalteier Entwicklung die rede, dass heisst aber nicht aber andere, dass wirtschaftliches zuerst kommt. Wir möchten dass sich Regionalpolitik auf Bildugn und Ausbildung auswirkt. Nachgelagerte Wirkung

MB: Zitat von ProNatura

Wie stellen sie sich zu diesem Zitat?

Th. Egger: wie viel konzentration wollen wir noch in der Schwiez. Als Gegenfrage. Solange es noch innovative Leute in diesen gebieten hat soll man ihnen auch die Möglichkeit dazu geben. Viele Wettbewerbsfähige müssen vor ort müssen sich zuerst finden

Th. Gsponer: die Regionalpol. Soll dort eingesetzt werden wo es sinn macht. Die frage für die Kt. wie organisieren sie sich selber. Mann verfestigt sich in die 54 Bergregionen und führen nicht dazu das die Abwanderung gesoppt werden.

Auch im ländlichen Raum braucht es agglomerationen auch im Rahmen einer dezentralen

MB: Geld dort einsetzen da limitiert wo's sinn macht? Wo sehen sie die möglichkeit das geld sinnvoll einzusetzen?

Th. GS. Wo sollen beschneigungsanlagen eingesetzt werden? Z.B. Saastal welches bereits sehr ausgeschlachtet, wieso nicht mit gewissen sturcturhilfen dort einsetzen.

Th, Egger: nicht die Regionalpolitik ist schuld sonder die gesetzgebung sollte regional denken.

YP: es ist ganz klar es ist surrealisti wenn man maneschen dort behält.wenn man zyklisch dies Täler verlassen muss dann stört mich dass gar nicht. Wie soll mann gelder so einsetze das eine vernünftige und langfristige politik sich einsetzt. das ganz bescheidene investionen

MB: Beispiele: göschenen val lumnez. Seco kritisiert, dass die innovatin nicht auch den entsprechenden gebieten kommtn.

Th.Gschp. Innovationsförderung wird gebastelt. Der neue ansatz der neuene REGPOL verlangt dass diekt für ihr gebiet. Es ist nicht vernetzt in ein kt. Oder eindge. Projekt.

Th. Egger es fehlt die kt.strategie für ihre landliche räume und alpen. Die leute fallen in eine neagive Stimmung (was können wir noch tun die jungen menschen gehen weg). Es braucht vielfach diesen input diesen ansätzezen mit der neuen regionalpolitik.

Alessandro boggian TI: komentar: kommt aus einer Randregion. Haben gemerkt dass es viele Täler dass die Leute weiterhin leben dürfen sollten. Grosse förerung der privaten Mobilität. Das sollte man gut anschauen ob man mehr qualitäts effizient sucht. Wie diese taler leben sollten.

An Th.Egger von Paralele zur landwirtschaft es hat sicher ergeben die von läuten kamen das impulse von aussen kommen. In der ch sollten geld nur gesprochen werden für ökologische und nachhaltige bin einig was her Filippoizzi und Herr Egger gesagt haben.

Th.Egger: Studienbericht nützen uns nicht mehr viel wir müssen mit den leuten regen

Blaise horisberger: ein aspekt der vielleicht vernachlässigt wurde. Wie man mit resurssen umgeht. Wie kann man es ermöglichen,dass die bevölkerung dort weriterlben aber der Verkerhr gesenkt werden kann. ein wichtiges element, das wichtigste, dass eine bestimmte bevölkerung autonomer werden kann. warum unterstützt manc nicht mehr reg. Autonomie und so könnte man den verkerh eindämmen?

Th.Gsponer: das Prinzip wonahc wer zahlt befiehlt gibt es auch in der Verkehrspolitik wär doch eine gute Gelegenheit in der Regionalpol. Einzusetzen. In der Studie Unternehmen GR URVS dieKMus

leiden nicht unter der Liberalisierung. Die Kantone in die Verantwortung einbeziehen bei einer intelligenten

Th. Egger. Es geht auch um die Bundesfinanzen. Man hat vorgesehen, dass ca. 300 Bus- und Bahnlinien aufgehoben werden. Bin mit Gsponer einverstanden, es gibt Buslinien, die 9x fährt und 5x leer ist. Lösungen, die der Nachfrage entgegenkämen. Eine Antwort geben ist gar nicht so einfach.

MB Wirtschaftskreisläufe aufrechtzuerhalten und werden bei den Grünen diese Diskussion weiterführen.

6. Die Schweizer Grünen als Teil der Europäischen Grünen

Heide Rebsamen: informiert über die Europäischen Grünen. Die European Green Party (EGP) hat 32 Parteien in 29 Ländern. Die wesentlichen Aufgaben ermöglichen die Kommunikation zwischen den Mitgliederparteien, Grünen Parteien.

Sind etwas revisionsbedürftig und es entspricht ein Revisionsentwurf. Der Vorstand ist europäisch abgestützt. Marie Schaffer war rund vier Jahre in diesem Vorstand vertreten und wurde leider letztes Jahr aus wahltaktischen Gründen abgewählt.

Leider ist die Resonanz in der Schweiz nicht so gross.

Luc Recordon: Frage, man spricht von den Letztlichen Grünen, gehören die der EGP an?

H. Rebsamen: weiss nicht, ob sie Mitglied sind. Aber wird sich beim nächsten Treffen in Dublin danach erkunden.

Kenntnisnahme der "guiding principles"

Miriam Behrens: fordert die Delegierten auf, das Papier zu kommentieren, da die Möglichkeit besteht, an diesem Papier Änderungen vorzunehmen. Da es nicht richtig angekündigt wurde, können die Delegierten bis Mitte November die Kommentare an gruene@gruene.ch

Als Zusammenfassung sind polit. Grundzüge der Europäischen Grünen. Aufteilung in 3 Hauptteilen um Umweltthemen und zur EU-Erweiterung, Friedenspolitik, Sicherheitspolitik, Zivilgesellschaft

L. Theiler: Sicherheitspolitik hat einen Antrag gestellt, die CH-Delegation nach Förderung der Beibehaltung der NATO leitet den Antrag an Heidi

7. Volksinitiative „Ja zur Komplementärmedizin“

Pia Hollenstein die Initiative wurde vor ca. anderthalb Monaten zur Ausgangslage seit 1999 werden fünf Komplementärmedizin angewendet, den Rest muss man in der Zusatzversicherung. Umfragen belegen eine grosse Nachfrage nach Komplmed. Die Initiative fordert auf verfassungsebene eine gleichberechtigte.....

Lädt die Delegierten ein zur Unterschriftensammlung. Im Initiativkomitee sind Pia Hollenstein und Geri Müller

Grossmehrheitlich sagen die Delegierten JA zur Initiative „Ja zur Komplementärmedizin“ 1 Nein und 4 Enthaltungen

8 Varia

Resolution Atommoratorium für 10 Jahre: die Resolution wird kurz von Franziska Teuscher vorgestellt.

Einstimmig nehmen die Delegierten die Resolution an

Resolution gegen das Atommüllzwischenlager in Benken

Die Resolution wird bei zwei Enthaltungen von der Mehrheit der Delegierten angenommen

Resolution gegen die Gernsjagd auf dem Monte Generoso

Die Resolution wird bei drei Enthaltungen von der Mehrheit der Delegierten angenommen

Abschliessend dankt Hubert Zurkinden den Grünen in Winterthur für die ausgezeichnete Organisation, Matthias Gfeller für die kompetente Leitung der Versammlung und den ÜbersetzerInnen Séverine Vitali und Nicole Stoll für ihre Übersetzungsarbeit.

Jeannette Glauser / Oktober 2004